

LN

LESERBRIEFE

Welches Spiel wird hier gespielt?

Zu „Beltgegner entsetzt: Land gibt Daten Betroffener an Bahn weiter“ (LN vom 21. September): „Selbst wenn es rechtlich nicht zu beanstanden ist, dass das Land die Einwendungen nicht anonymisiert an die Deutsche Bahn weitergegeben hat, so muss man sich doch fragen, warum sie das getan hat. Das Raumordnungsverfahren (ROV) dient dazu, die Raumverträglichkeit der einzelnen Trassenvarianten feststellen zu lassen, um daraus eine Streckenführung zu filtern, die als Empfehlung in das Planfeststellungsverfahren einfließen soll. Der Vorhabenträger Deutsche Bahn hat die verschiedenen Trassenvarianten in das ROV eingebracht, die Landesplanungsbehörde wertet die Daten unter Würdigung der Einwendungen betroffener Bürgerinnen und Bürger aus. So sollte der Ablauf sein. Was bitte macht der Vorhabenträger Deutsche Bahn zum jetzigen Zeitpunkt mit den Einwendungen? Und wie viele hat er bekommen? Wenn er nur einige bekommen hat, welche waren das? Es steht doch noch gar keine Trassenvariante fest! Die Begründung, der Vorhabenträger würde dadurch in die Lage versetzt, sein Vorhaben zu überprüfen, um die Klagemöglichkeiten der einzelnen Trassen abzuwägen' kann doch nur dann richtig sein, wenn der Vorhabenträger auch am Abwägungsprozess im ROV beteiligt ist. Das würde dann aber auch bedeuten, dass die Landesplanungsbehörde nicht nur die Raumverträglichkeit der einzelnen Trassenvarianten feststellt, sondern dass auch noch die mögliche Gerichtsfestigkeit für das Planfeststellungsverfahren in die Entscheidungsfindung mit einbezogen wird. Wurden wir alle getäuscht? Hat man uns mit der Möglichkeit, uns am ROV zu beteiligen, gar der Klagemöglichkeit im Planfeststellungsverfahren beraubt? Was für ein perfides Spiel wird hier nicht nur mit den sensiblen Daten der Betroffenen, sondern auch noch mit ihren Rechten gespielt?“

Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative „Ratekau-wehrt-sich“

Der Souverän wird mit Füßen getreten

Zum selben Thema: „Es wäre interessant zu erfahren, warum die Landesplanungsbehörde (verantwortlich Ministerpräsident Albig) überzeugt ist, die Bahn könne nur bei nicht anonymisierten Stellungnahmen der Bürger die individuellen Betroffenheiten erst nachvollziehen. Eine öffentliche Stellungnahme zu diesem Punkt ist unabhängig; gleichwohl für die Tatsache, dass die Bürger im Vorfeld des Raumordnungsverfahrens nicht über eine mögliche Weitergabe der Eingaben informiert wurden.“

Ist die Deutsche Bahn eine ‚nichtöffentliche Stelle‘ und dann auch noch vertrauenswürdig? Das bedarf der detaillierten Erklärung. Das gemeinsame Agieren von Landesplanungsbehörde und Deutsche Bahn schaltet den Bürger aus. Es nimmt ihm den ihm zustehenden Rechtsanspruch auf Klage im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens. Hier wird der Souverän mit Füßen getreten und das auch noch in zeitlicher Verbindung mit Wahlen. Dreister und für den Bürger diskriminierender geht es nicht.“

Renate Ueckert, Ratekau